Laibacher Zeitung.

Nr. 117. Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50. Freitag, 22. Mai Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2m. 80 kr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr. 1868.

Amtlicher Theil.

Heute wird in deutschem und zugleich slovenischem Text ausgegeben und versendet:

Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Herzogthum Krain. V. Stück. Jahrgang 1868.

Inhalts-Uebersicht:

5.

Verordnung der k. k. Landesregierung für Krain vom 1. Mai 1868, Z. 2919,

betreffend die Abstellung der Prämienvertheilung an allen öffentlichen und Privat-Volksschulen.

Laibach, den 22. Mai 1868.

Vom k. k. Redactionsbureau des Gesetz- und Verordnungsblattes für Krain.

Nichtamtlicher Theil.

Die Reorganisation der Wehrkraft.

Wien, 17. Mai.

„Wehrhaft, ehrhaft!" — das ist ein Sitten- und Rechtsspruch, so alt wie das deutsche Volk, welches in der Geschichte zuerst auftritt als eine Genossenschaft freier, wehrhafter Männer mit gleichem Recht und gleicher Pflicht. Der Gleichklang der Worte Wehre und Ehre ist nicht ein zufälliger, er entspringt einem inneren Zusammenhange der Begriffe.

Es war nicht das militärische Bedürfniß nach einer größeren Anzahl von Streitern, welches nach der Niederlage des Jahres 1866 sofort und allgemein das Verlangen nach „allgemeiner Wehrpflicht" laut werden ließ, es war das politische Bedürfniß nach einer anderen Zusammensetzung des Heeres, welches zur Einführung dieses Principes in die Wehrorganisation Oesterreichs den Anstoß gab. Nicht die äußere Gefahr, sondern die innere Reform führte dazu; sollte das Recht der Selbstverwaltung zur Wahrheit werden, so mußte mit ihr die allgemeine Wehrpflicht Hand in Hand gehen.

Der Gedanke ist viel, aber er ist nicht alles; die Ausführung entscheidet zum mindesten ebenso sehr über den Werth des Ganzen, wie die Idee. Obwohl die allgemeine Wehrpflicht aus dem innersten Wesen des deutschen Volkes geboren und so tief mit ihm verwachsen war, daß das Waffenrecht mit dem Begriffe des freien Mannes zusammenfiel, so war sie doch im Laufe der Zeit mit dem Verluste der Selbstverwaltung so vollständig verloren gegangen, daß die Wehrkraft der Staaten allmälig zu einem vom übrigen Staatskörper gänzlich abgetrennten Organismus geworden ist. Erst mit der gewaltsamen Wiederherstellung der Selbstverwaltung durch die erste französische Revolution tritt auch die allgemeine Wehrpflicht wieder ins Leben.

Was die politische Entwicklung der Neuzeit fordert, das muß auch die Kriegskunst als solche wünschen. Die Eigenthümlichkeit der Waffen der Gegenwart, die Eigenthümlichkeit der Verwendung der Streiter, lassen es als zweifellos erscheinen, daß bis zu einer gewissen Grenze die Höhe der Zahl schwerer wiegt, als die Höhe der militärischen Ausbildung der Mannschaft. — Es scheint zweifellos, daß bei richtiger Oekonomie jene Grenze erlaubt, alle Waffenfähigen auch militärisch auszubilden, ohne die Quote der Mittel zu übersteigen, welche ein Culturstaat zur Vertheidigung seiner Rechte und seiner Unabhängigkeit als regelmäßig wiederkehrende Ausgabe aufbieten kann. Damit wird Volk und Herr identisch, der Unterschied zwischen stehendem Heer und Miliz verschwindet.

Je größer die Wehrkraft eines Staates im Verhältnisse zur Summe der Staatsangehörigen gemacht wird, desto mehr muß seiner Natur nach das Heer den Charakter der Miliz annehmen, je geringer die Wehrkraft ist, desto mehr muß sie ihre Stärke in der Höhe der militärischen Ausbildung suchen, um so mehr also aus Berufssoldaten zusammengesetzt sein. — Kleine Heere sind leicht schlagfertig, leicht beweglich, sie sind daher besonders zur Offensive geschickt; große Heere sind nur langsam schlagfertig zu machen, schwer gleichzeitig zum Kampfe zu führen, sie sind ihrer Natur nach auf die Vertheidigung angewiesen.

Je umfangreicher eine Wehrorganisation, je stärker für die Vertheidigung, und je schwächer sie für den Angriff ist, desto weniger wird sie geeignet sein, den Frieden zu stören.

Die höchste Freiheit, die allgemeinste Wehrpflicht, das größte Heer, der tiefste Frieden sind demnach Zustände, welche sich keineswegs ausschließen, sondern gerade im Gegentheile gegenseitig bedingen und in ihrer Steigerung bis zum Aeußersten zusammenfallen.

Ist die Geschichte der Menschheit, die Geschichte der einzelnen Staaten und Völker nichts als ein specieller Fall aus „der Entstehung und dem Untergange der Organismen im Kampfe um's Dasein", dann ist es sehr fraglich, ob auch die höchste Cultur jemals den Krieg aus der Weltgeschichte wird verschwinden machen können; aber seltener wird sie ihn machen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die sogenannte militärische Frage sich am sichersten, vielleicht allein auf dem Wege der allgemeinen Wehrpflicht, des größten Umfanges der Wehrkraft, der möglichsten Identificirung von Heer und Volk wird lösen lassen.

Der neue, der Volksvertretung zu unterbreitende Entwurf zur Reorganisation der österreichischen Wehrkraft strebt dieses Ziel an; wenn es nicht vollständig erreicht wird, so liegt die Ursache nur darin, weil zur Zeit das Reich nur beschränkte Mittel besitzt, um das Princip der allgemeinen Wehrpflicht in ausgedehntester Weise zu verwirklichen.

111. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 19. Mai.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Fürst Auersperg, v. Plener, Ritter v. Hasner, Dr. Giskra.

Präsident von Kaiserfeld eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 50. Min.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung des Gesetzes in Betreff der Bedingungen und Zugeständnisse für die Unternehmung der Eisenbahn von Laibach nach Tarvis.

Handelsminister Plener hebt die Wichtigkeit dieser Bahn hervor und ersucht, diesen Gesetzentwurf noch im Laufe der Session zu erledigen. Die Vorlage wird dem volkswirthschaftlichen Ausschusse zur Vorberathung zugewiesen.

Nächster Gegenstand ist der Bericht des Budgetausschusses über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1868.

Generalberichterstatter Winterstein beantragt von der Verlesung der Berichte Umgang zu nehmen. (Angenommen.) In der General-Debatte ergreift das Wort

Abg. Conti. Er hat nur bezüglich der äußern Form des Staatsvoranschlages eine Bemerkung zu machen. Er wünscht nämlich, daß die Regierung in den Voranschlägen die einzelnen Provinzen und Länder abgesondert anführe.

Abg. Roser betont die Nothwendigkeit der Ersparungen in allen Theilen des Staatshaushaltes. Vor allem müsse der Militärstand bedeutend herabgesetzt, sodann die Verwaltung reformirt werden.

Abg. Ryger beklagt, daß die Rechnungsabschlüsse der früheren Jahre nicht mehr geprüft wurden, trotzdem der Finanzausschuß damit beauftragt wurde und die Unterlassung dieser Prüfung im Widerspruche mit den Verfassungsgesetzen steht. Es meldet sich sonst niemand zum Worte. Die General-Debatte wird daher geschlossen.

Berichterstatter Winterstein bemerkt gegenüber Abg. Conti, daß er den von ihm geäußerten Wunsch für berechtigt halte und hoffe, daß auch die Regierung

Feuilleton.

Austria polyglotta.

„Resta la lingua," „nichts bleibt übrig, als die Sprache." Mit diesen Worten schloß jener italienische Professor seine gewissenhafte und scharfsinnige Untersuchung über die praktische Anwendung des Nationalitäts-Principes auf das moderne Europa. Das Ergebniß seiner Forschungen, unternommen in der Absicht, das große Princip auch wissenschaftlich zu begründen, gipfelt in dem Satze, daß kein einziges europäisches Volk mehr Anspruch auf den Namen einer einheitlichen, in sich abgeschlossenen Nation machen darf, daß vielmehr ein jedes als das Product eines Assimilations-Processes sehr verschiedenartiger Elemente betrachtet werden müsse, daß sogenannte Racenunterschiede heutzutage auf ein Minimum beschränkt sind und daß der moderne Begriff der Nationalität mit dem der Sprache vollkommen identisch ist. Daher: Resta la lingua!

Was ist die Sprache? In erster Linie doch wohl nur ein Verständigungsmittel zwischen den Menschen, mithin ein Werkzeug zu rein praktischen Zwecken. Erst in zweiter Linie erscheint sie als ein selbstständiger, eigenartiger Organismus. Damit man sie aber als solchen erkennen, würdigen und die Vorzüge oder Mängel einer Sprache gegen die andere mit unparteiisch prüfendem Blicke abwägen könne, bedarf es schon eines bedeutenden Grades linguistischer Bildung, der sich nur durch lange, gründliche Studien, nicht aber durch flüchtige, an Aeußerlichkeiten haftende Betrachtungen und Vergleichungen gewinnen läßt. Denken wir uns z. B. irgend eine Sprache unseres vielsprachigen Vaterlandes als einen Baum, so verhalten sich die Leute, welche am allereifrigsten und mit dem größten Aufwande von Tinte und Lunge das Capitel der Sprache zu behandeln pflegen, zu den wirklichen Sprachkennern etwa wie der Holzhacker, der Tischler oder die Köchin zu dem gelehrten Botaniker. Alle beschäftigen sich mit demselben Gegenstande. Wer möchte aber den Holzhacker, den Tischler oder die Köchin über den Charakter des Baumes befragen?

Der Vergleich scheint kühn, ist aber richtig. Wäre die Sprache, d. h. die Nationalität, in der That ein so allmächtiges Moment unserer Zeit, wie kommt es dann, daß gerade die gründlichsten Sprachkenner sich am allerwenigsten für den modernen Sprachenzank begeistern? Dagegen liegt gerade von jenen Leuten, die am lautesten über Verkümmerung ihrer Muttersprache schreien, nirgends ein auch nur halbwegs bedeutendes Sprachwerk vor. Dieser Umstand gibt zu denken.

Gestehen wir es offen. Der ganze Nationalitäten-Hader ist, beim Lichte besehen, nichts weiter als eine Marotte des Jahrhunderts. Wie man im zwölften und dreizehnten Jahrhunderte nach Palästina zog, um das heilige Grab zu befreien, und doch nichts zuwege brachte, als ein ephemeres politisch-religiöses Zwitterding von jerusalemitanischem Königreiche; wie man später nach dem Steine der Weisen tappte und glücklicherweise zur Chemie gelangte; wie man dann des Katechismus wegen einander die Schädel einschlug und sich zuletzt doch bequemen mußte, Jeden „nach seiner Façon" selig werden zu lassen — ebenso nergelt man sich jetzt mit Nationalitäten-Zänkereien, diesen wunderlichen Auswüchsen eines berechtigten Patriotismus. Wahrscheinlich wird das zwanzigste und einundzwanzigste Jahrhundert einst ebenso mitleidig auf diese Händel herabblicken, wie das neunzehnte auf die Glaubenskriege, Judenhetzen und Autodafés seiner Vorgänger.

Doch lassen wir die kommenden Jahrhunderte vorläufig auf sich beruhen und halten wir uns an die Gegenwart. „Austria polyglotta", das vielsprachige Oesterreich, nennt sich eine vor Kurzem erschienene Broschüre von Johann Purkynie, welche das schöne Motto führt: „Nur der Geist ist es, der alle Gegensätze versöhnt." Der Name Purkynie hat unter den Czechen, und nicht nur bei ihnen, guten Klang. Die Stimme eines Mannes, der ein ganzes, langes Leben dem Dienste der Wissenschaft geweiht hat, darf mit Fug Anspruch darauf erheben, gehört zu werden, umsomehr, wenn er nicht, wie bisher so ziemlich alle czechischen Koryphäen, mit der bloßen Negation an uns herantritt, sondern positive Vorschläge zur Lösung der Frage macht, die Oesterreich seit so vielen Jahren in Athem hält. Der greise Gelehrte (denn ihn müssen wir, dem Namen zufolge, als den Verfasser betrachten, wenngleich so manche in der Flugschrift entwickelte Ansicht auf einen jugendlicheren Politiker zu deuten scheint) beginnt seine internationalen Auseinandersetzungen nach Art der Orientalen mit einem „politischen Märchen." Er schildert uns ein Königreich, bestehend aus sieben Ländern mit sieben verschiedenen Völkern, die sieben verschiedene Sprachen sprechen. Besagtes Königreich ist ein föderalistisches Ideal. Sein König spricht alle Sprachen seiner Völker gleich vollkommen. Prinzen und Prinzessinnen, Staatsmänner und Generale, Gelehrte, Hofleute und Edelfräulein, das niedere und höhere Schulwesen, Landesverwaltung und Justizpflege — kurz Alles ist, einem strengen

denselben bei der Vorlage des nächsten Staatsvoranschlages berücksichtigen werde. Was die von Abg. Roser gemachten Bemerkungen betrifft, so sei gewiß auch der Ausschuß, wie jeder im Hause, von der Nothwendigkeit allseitiger Ersparungen überzeugt, und habe sie wo nur solche möglich erschienen, vorgenommen. Die Prüfung der Rechnungsabschlüsse sei bisher nicht möglich gewesen, weil die Mitglieder des Budgetausschusses zu sehr beschäftigt waren. Jedenfalls müsse anerkannt werden, daß es eine Inconvenienz sei, in eine Berathung des Staatsvoranschlages einzugehen, bevor die Rechnungsabschlüsse der vorigen Jahre einer Prüfung unterzogen werden, allein unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre es eben nicht möglich gewesen, diese so schwierige Arbeit vorzunehmen. Uebrigens würden die Rechnungsabschlüsse jedenfalls geprüft werden.

Auf Antrag des Berichterstatters wird die Behandlung nach Capiteln angenommen.

Art. I. Allerhöchster Hofstaat: Ordentliches Erforderniß 3,100.000 fl., außerordentliches Erforderniß 320.000 fl., zusammen 3,420.000 fl.,
wird ohne Debatte angenommen.

Art. II. Reichsrath: Herrenhaus 24.548 fl., Abgeordnetenhaus 393.130 fl., Staatsschulden-Controlscommission 6427 fl.,
wird ohne Debatte angenommen.

Art. III. Staatsrath: Außerordentliches Erforderniß 52.000 fl.,
wird ohne Debatte angenommen.

Art. IV. Ministerrath: Ordinarium 65.358 fl., Extraordinarium 25.000 fl., zusammen 80.358 fl.,
wird angenommen.

Bei Art. V. Ministerium des Innern: Gesammterforderniß 16,137.992 fl., Gesammtbedeckung 408.182 fl., Abgang 15,729.810 fl.,
ergreift zum Titel: „Land- und Wasserbauten" das Wort:

Abg. Dr. Zyblikiewicz beklagt, daß für Galizien für Land- und Wasserbauten weniger im Staatsvoranschlage eingestellt sei, als für Niederösterreich, das an Flächenraum viel kleiner ist und auch mehr und bessere Straßen hat. Redner hofft, daß die Regierung im nächsten Voranschlage auch Galizien mehr berücksichtigen werde.

Abg. Plankensteiner, hebt die Uebelstände des gegenwärtigen Wasserconcurrenzgesetzes hervor und ersucht mit der Vorlage eines neuen Wasserrechtsgesetzes auch ein besseres Wasserconcurrenzgesetz vorzulegen.

Minister Giskra: Der Herr Abgeordnete aus Polen glaubt, daß Galizien nicht genug berücksichtigt sei. Er möge aber bedenken, daß die Regierung gegenwärtig für ein wichtiges Communicationsmittel des Landes Galizien, für die Lemberg-Czernowitzer Bahn 1 Million und auch für die Czernowitz-Brody Bahn bedeutende Summen an Subvention zahlen müsse. Es dürften daher diese 800.000 fl., welche für den Straßenbau eingestellt sind, nicht allein in Betracht gezogen werden. Ferner sei zu bemerken, daß das Straßenwesen zum größten Theile Gegenstand des Landes- und Gemeinde-Interesses ist.

Abg. Dinstl: Niederösterreich müsse mit einer größeren Summe berücksichtigt werden, da es ja auch bedeutend mehr an Steuern zahle.

Minister Giskra hält die Bemerkung des Vorredners nicht für richtig. Der Staat ist ein großes organisches Ganze, wo ein Glied für das andere wirken und jedem, der in Noth sich befindet, unter die Arme gegriffen werden müsse.

Abg. Zyblikiewicz replicirt gleichfalls dem Abg. Dinstl. Niederösterreich zahle eigentlich nicht mehr, weil es verhältnißmäßig mehr leisten könne.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters Winterstein werden die einzelnen Titel des Ministeriums des Innern unverändert angenommen.

Capitel VI stellt für das Ministerium für Landesvertheidigung und öffentliche Sicherheit das Erforderniß mit 3.275,817 fl. fest. Dasselbe wird unverändert angenommen.

Bei Capitel VII, Ministerium für Cultus und Unterricht, ergreift in der Generaldebatte das Wort Abg. Banhans. Derselbe erinnert an das Sprachenzwangsgesetz in Böhmen und hofft, daß der Unterrichtsminister dem nächsten Landtage eine Regierungsvorlage zur Aufhebung dieses Gesetzes vorlegen werde. Redner wünscht im Interesse des Friedens die Errichtung einer czechischen Universität in Prag.

Abg. Graf Potocky wünscht, daß in Galizien für mehr Schulen gesorgt werde.

Abg. Hanisch rügt gleichfalls das Fortbestehen des Sprachenzwangsgesetzes. Unter großer Unruhe des Hauses sprechen noch für die Interessen ihrer Länder die Abg. Bischof Knesevic, Pajer, Svetec.

Abg. Pajer verlangt namentlich die Errichtung einer italienischen, Abg. Svetec die Errichtung einer slovenischen Universität.

Unterrichtsminister Hasner: Die Regierung wird allen berechtigten Wünschen gerecht zu werden trachten. Was namentlich das Sprachenzwangsgesetz betrifft, so wird jedenfalls dem nächstens zusammentretenden böhmischen Landtage eine Vorlage gemacht werden, um jenes Gesetz in Ausführung der Staatsgrundgesetze aufzuheben. Was die Bemerkung des Herrn Abgeordneten Potocky betrifft, daß für Schulen mehr geschehen soll, so muß ich bemerken, daß die Einstellungen nach den Angaben der Statthalter, die die Bedürfnisse der Länder am besten zu kennen in der Lage sind, geschehen sind. Uebrigens werde ich die Ehre haben, bald eine Reihe von Vorlagen über die Reform des Unterrichtes, namentlich des Schulwesens einzubringen, bei welcher Gelegenheit ich natürlich auch eine größere Unterstützung werde beanspruchen müssen. Es versteht sich von selbst, daß dabei den Wünschen eines jeden Landes Rechnung getragen werden wird.

Mit Bezug auf die Forderung der Errichtung einer abgesonderten czechischen Universität bemerkt der Minister, daß die Gleichberechtigung jedenfalls auch auf der Universität durchgeführt werden soll; die Frage aber, in welcher Weise dieses geschehe, sei nicht leicht und müsse gut erwogen werden. In der Specialdebatte wird Titel A (Centralleitung) mit 187,124 fl. angenommen.

(Schluß folgt.)

Parlamentarisches.

Das Subcomité des Budgetausschusses hat in seiner letzten Sitzung den Wortlaut der Gesetze über die Unificirung der Staatsschuld und Erhöhung der Gebühr von Lotteriegewinnsten festgestellt, welchen dasselbe in Gemäßheit der von dem Plenum des Ausschusses gefaßten Beschlüsse nunmehr in Antrag bringt.

Die geänderten Bestimmungen des Gesetzes über die Umwandlung der verschiedenen Schuldtitel der bisherigen allgemeinen Staatsschuld sind:

§ 1 lautet in seinem Eingange: „Sämmtliche Gattungen der fundirten allgemeinen Staatsschuld, mit alleiniger Ausnahme der im § 2 dieses Gesetzes aufgeführten, werden in eine nicht rückzahlbare, keinem Steuerabzuge unterliegende 4procentige Schuld umgewandelt."

§ 4. Die Regierungsvorlage, welche bestimmt, daß jeder Besitzer von Staatsobligationen innerhalb drei Monaten vom Tage des Gesetzes ab erklären könne, daß er die Convertirung nicht annehme, ist in Gemäßheit des Beschlusses, daß die Unification eine zwangsweise sein soll, gestrichen.

§ 5. Die Regierungsvorlage wurde in folgenden Wortlaut abgeändert:

„Von den Zinsen der von der Convertirung ausgenommenen Lotto-Anlehen der Jahre 1854 und 1860, dann des Steueranlehens vom Jahre 1864, ferner von den Entschädigungsrenten für aufgehobene Gefälle ist eine Abgabe von 25 Procent des Nominalbetrages jeder Zinsenrente einzuheben, wo hingegen der bisherige Abzug der Einkommensteuer entfällt.

Die §§ 6 und 7 der Regierungsvorlage, welche sich wieder auf den Grundsatz bezogen, daß die Convertirung eine freiwillige sein soll, wurden gestrichen.

In dem Gesetze über die Erhöhung der Gebühren von Lotterie-Gewinnsten ist der § 1 dahin abgeändert, daß derselbe nunmehr zu lauten hat: „In Abänderung des § 16 des Gesetzes vom 29. Februar 1864, Nr. 20 R.-G.-Bl., wird die von Gewinnsten, welche nicht in Effecten bestehen und nicht im Zahlenlotto gemacht werden, zu entrichtende Gebühr nach der Ziehung bei Losen der Staats-Lotterien auf 25 Procent und bei Losen der Privat-Lotterien auf 15 Procent des Gewinnstes nach Abzug der Spiel-Einlagen festgesetzt."

Endlich wird im § 3 festgesetzt, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes auf alle Ziehungen Anwendung finden, welche in Gemäßheit des Spielplans nach dem 31. Mai dieses Jahres (statt dem 31. März dieses Jahres, wie es in der Regierungsvorlage hieß) zu erfolgen haben.

Im Ganzen hofft das Subcomité, durch die nunmehr in Vorschlag gebrachten Maßregeln einen Mehrbetrag der Staatseinnahmen von beiläufig 27,400.000 fl. zu erzielen.

Landwirthschaftliches.

Wien, 18. Mai. Der volkswirthschaftliche Ausschuß hat in Betreff der Petitionen der k. k. Landwirthschaftsgesellschaft in Wien und der steiermärkischen Landwirthschaftsgesellschaft den Beschluß gefaßt, zu beantragen:

1. Die Errichtung von landwirthschaftlichen Vertretungsorganen in den einzelnen Kronländern, als fachmännischer Beirath und als unterstützende Organe für das Ackerbauministerium in Fragen der Landesculturgesetzgebung sei im landwirthschaftlichen Interesse wünschenswerth.

2. Es seien die beiden Petitionen der k. k. Landwirthschaftsgesellschaft in Wien und der steiermärkischen Landwirthschaftsgesellschaft dem k. k. Ackerbauministerium mit der Aufforderung zu übergeben, daß dasselbe noch in diesem Jahr eine landwirthschaftliche Enquête durch Einberufung von Delegirten aller Landwirthschaftsgesellschaften veranlasse, um die Wünsche der landwirthschaftlichen Kreise über die Modalitäten der Errichtung von landwirthschaftlichen Vertretungsorganen zu erfahren.

Landesgesetze zufolge, siebensprachig. Am Hofe wie in der Gesellschaft wird die Unterhaltung in allen sieben Sprachen des Volkes gepflogen; in jedem der Länder ist eine königliche Hofburg, in welcher der Monarch jedes siebente Jahr residirt, und in der Mitte des ganzen Reiches befindet sich die Residenzstadt, das Centrum des geistigen und materiellen Lebens dieser Völker. Alles ist aufs vortrefflichste eingerichtet in diesem, wie Candide sagen würde, meilleur des royaumes, oder, wie wir es nennen möchten, diesem organisirten Babel, dem Eldorado siebensprachiger Sprachmeister. Wie dies merkwürdige Reich entstanden, weiß man nicht. Zu Grunde geht es jedoch dadurch, daß sich in den benachbarten Reichen der geistige Fortschritt und die Population schneller entwickelten, „als dies bei den Völkern unseres Reiches (trotz seiner idealen Vollkommenheit!) der Fall sein konnte." Das Gesetz der Attraction macht sich geltend, hauptsächlich seit in den Schulen die Erlernung sämmtlicher vaterländischen Sprachen nicht mehr so strenge verlangt wurde; das wechselseitige Verständniß der Nationen schwindet, und so geht denn das Wunderreich schließlich aus dem Leime. So weit das politische Märchen.

Als ein Spiel dichtender Phantasie betrachtet, ist das Märchen allerliebst und würde ohne Zweifel in der Sammlung der Grimm'schen oder Andersen'schen Märchen mit Ehren seinen Platz ausfüllen. Als Einleitung zu einer Schrift jedoch, die sich alles Ernstes anschickt, schwebende Fragen der Zeit zu erörtern und zu lösen, muß es doch wohl mehr bedeuten, als schillernde Seifenblasen der Phantasie. Und in der That, es verhält sich zu dem Programme, vermittelst dessen Professor Purkynie uns aus dem Labyrinthe des Nationalitätenhasses in den sicheren Hafen eines glücklichen Oesterreich lootsen will, genau wie eine regelrecht gearbeitete Ouverture zu der Oper selbst. Kein einziger der dort enthaltenen Züge ist blos Zierrath oder Schnörkelwerk. Ein jeder hat seinen speciellen Sinn, seine specielle Bedeutung. Hinter der Allegorie steht überall handgreiflich die Wirklichkeit. Das Märchen ist das föderalistische Zukunfts-Oesterreich!

Purkynie entwickelt nun, bei den österreichischen Deutschen beginnend, in einer Reihe von Capiteln den „physischen und geistigen Charakter" aller Völker und Volksstämme unseres vielsprachigen Vaterlandes. Daß er dabei mit Vorliebe die Slaven behandelt, kann bei ihm, dem Slaven nicht, befremden. Er ist jedoch überall bestrebt, einem jeden Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und bekundet dabei einen scharfen Blick für nationale Eigenthümlichkeiten. Sein Urtheil ist mild, versöhnlich, ruhig und sticht somit sehr vortheilhaft gegen die wilden Expectorationen so mancher czechischen Journale ab. Neues erfahren wir zwar nicht, aber diese Ruhe, diese Versöhnlichkeit und Milde selbst sind hierzulande etwas ganz Neues. Nachdem wir seiner Charakteristik der Völker Oesterreichs mit gebührender Aufmerksamkeit gefolgt sind, erwarten wir nun mit Spannung, welches Mittel der ruhige Denker, der vorurtheilsfreie Beurtheiler, der auf der Höhe seiner Zeit stehende Gelehrte zur endlichen Schlichtung des nationalen Krakehls vorschlagen wird.

Das Mittel ist kurz und bündig. Es besteht in der Einführung der Polyglottie in Oesterreich. Die kaiserliche Regierung," sagt der Herr Verfasser, „lege den Landtagen derjenigen Länder, in denen verschiedene Volkssprachen herrschen, die Vorlage vor, daß in den öffentlichen Schulen die Erlernung aller Hauptsprachen Oesterreichs eingeführt und daß diese gesetzlich eingeführte Reform streng und schnell ausgeführt werde." „Anfangs", meint Purkynie, „wird diese Reform viele Schwierigkeiten mit sich bringen, theils wegen Mangels an Candidaten (für die polyglotten Lehrstühle), theils wegen des Mangels an Männern, welche die Prüfung der Candidaten auf sich zu nehmen im Stande wären." Der Verfasser will diesem Uebelstande durch Einführung von Lehrer-Seminaren in den Hauptländern Oesterreichs abhelfen (trotz des Mangels an Candidaten und Prüfungs-Commissären!). Binnen drei Jahren müssen die polyglotten Seminaristen die sieben Hauptsprachen gelernt haben. Dann stellt man sie als Lehrer an und die Polyglottie ist eingeführt.

Aber damit ist es noch nicht genug. „Der Lehrer des Böhmischen z. B. muß („möge" sagt Purkynie) auch des Polnischen, Serbischen und Russischen kundig sein, der des Deutschen möge sich die Kunde aller deutschen Idiome 2c. angeeignet haben; dem magyarischen Lehrer würde es anstehen, sich mit den finnischen Sprachen bekannt zu machen; der rumänische Lehrer habe Kunde der romanischen und slavischen Sprachen. Sechs Jahre bestimmt Purkynie zu diesem polyglotten Curse für die Schule. In dieser Zeit müßte natürlich auch die lateinische und griechische Sprache nebst den modernen Weltsprachen, Französisch, Englisch und Italienisch, erlernt werden. Macht summa summarum zwölf Sprachen für den polyglotten Zukunfts-Oesterreicher, und drei Stunden (der Verfasser verlangt nur Eine Stunde) wöchentlich als Minimum des Unterrichtes in jeder einzelnen Sprache angesetzt, sechsunddreißig wöchentliche Sprachstunden, d. h. sechs Stunden pro Tag, wo-

Der ungarische Wehrgesetz-Entwurf.

Mehreren Gerüchten entgegen, nach welchen der Wehrgesetzentwurf des ungarischen Ministeriums einer sogenannten „Generalscommission" in Wien zur Prüfung resp. Abänderung vorgelegt werden sollte und die Unterbreitung des Entwurfes vor dem Reichstag aus diesem Grunde bisher unterblieben wäre, schreibt die „P. Corr.": „Wir können auf das bestimmteste versichern, daß der Wehrgesetzentwurf des ungarischen Landesvertheidigungs-Ministeriums einzig und allein dem Reichstage zur Prüfung und Begutachtung vorgelegt werden wird, am wenigsten aber irgend einer Generalscommission, wobei auch zu bemerken ist, daß das oft besprochene Elaborat der Wiener Generals-Commission blos zur persönlichen Information des Monarchen ausgearbeitet wurde und niemals den Zweck hatte, als Gesetzvorlage für eines der beiden Parlamente zu dienen. Der Wehrgesetzentwurf des ungarischen Ministeriums ist in jeder Hinsicht zur Vorlage an den Reichstag bereit, derart, daß bereits die Detailsarbeiten, die in den Kreis der Executive gehören, als die mitärisch-administrative Eintheilung des Landes, die Uniformirungsfrage, die Einberufungsformalien, die Abrichtungsreglements u. s. w., theils vollendet, theils in Angriff genommen sind."

Auch der „P. Ll." bringt eine, in diesem Sinne gehaltene Richtigstellung jener Gerüchte, und gibt namentlich über die Uniformirungsfrage nachstehende Einzelnheiten: „Die 75 Bataillone und 27 Schwadronen der ungarischen Landwehr werden ungarische Uniform und die nationale Cocarde am Czako tragen. Die Infanterie soll den braunen Attila mit verschiedenfarbiger Verschnürung nach den verschiedenen Werbbezirken erhalten. Für die Hußaren ist eine blaue Blouse und weiße Mente aus dem nationalen Hallinatuche im Antrage. Die Landwehrbataillone werden nach ihren Comitaten benannt. Größere Comitate werden, je nach ihrem Umfange, ein erstes, ein zweites und vielleicht auch ein drittes Bataillon stellen, während kleinere Municipien, wie z. B. Arva und Thurocz, ein gemeinsames Bataillon an die Landwehr abgeben."

Ein wahres Friedensmanifest

nennt die „Debatte" die Rede, mit welcher der Minister Forcade de la Roquette Herrn Thiers auf seine Schutzrede für den Schutzzoll antwortete. Nachdem er die volkswirthschaftlichen Irrthümer seines Gegners widerlegt und die Principien des Freihandels, denen die gegenwärtige Regierung Frankreichs huldigt, auf den Schild gehoben, wendete er sich gegen die Angriffe, die Thiers gegen die Politik der Regierung gerichtet, und zeigte nun, daß die Handelskrisen, welche Europa durchmachen müsse, nicht mit empirischen Mitteln behandelt werden dürften, sondern mittelst einer guten Gesundheitspflege, wozu die Ausdehnung der internationalen Beziehungen, die Beruhigung der Eifersucht, welche die Völker trennt, die ihren berechtigten Emfindlichkeiten gebührende Achtung, endlich die Entwicklung der Ideen der Arbeit und des Friedens gehörten. Herr Forcade schloß seine Rede mit einer politischen Erklärung, welche derjenigen entspricht, womit der „Abendmoniteur" vorgestern seine Wochenübersicht begann. Der Minister sagte wörtlich: „Die Krisis weicht schon und Frankreich, welches den in Orleans gesprochenen Vertrauensworten eben erst Beifall zollte, muß in diesen den wahren Ausdruck der gegenwärtigen Lage sehen."

Ausland.

Berlin, 18. Mai. (Sitzung des Zollparlamentes.) Der Gesetzentwurf über die Tabaksteuer wurde definitiv angenommen. Anläßlich des Antrages des Abg. Bamberger behufs Abstellung der hessischen Steuerungleichheit erklärt der hessische Commissär Hoffmann, daß dieser Antrag die Competenz des Zollparlamentes überschreite und vor die Landeskammer gehöre. Graf Bismarck erklärt hierauf, daß dies eine persönliche Ansicht des Commissärs sei; er habe eine entgegengesetzte. Hoffmann replicirt, daß er nur im eigenen Namen gesprochen habe. Graf Bismarck sagt: Jede Pression gegen die Süddeutschen sei zu unterlassen, deren Selbstständigkeit in keiner Weise gefährdet worden. Wollten die Süd-Deutschen sich uns nähern, so müsse dies in einer beiderseits befriedigenden Motivirung geschehen. Nicht eher, als bis die Süddeutschen freiwillig zu uns kommen, sei über ihren Anschluß zu berathen, dagegen aber einer Verminderung der Competenz des Parlamentes entgegenzutreten. Der Appell an die Furcht bleibe in deutschen Herzen ohne Widerhall. (Stürmischer Beifall.) Nach einer erregten Debatte, worin der württembergische Abg. Freiherr v. Neurath die Unfruchtbarkeit der Debatte mit Bedauern constatirt, die Vertragstreue der Süddeutschen betont, deren freundliche Aufnahme in Berlin anerkennt und Volk im Sinne der Verständigung zwischen Norden und Süden spricht und das Ziel beider als dasselbe bezeichnet, wird das Amendement Bambergers mit großer Majorität angenommen. Der Handelsvertrag mit Oesterreich wurde definitiv genehmigt. Morgen findet die Berathung des Vereinszolltarifes statt.

— 19. Mai. (Der Zollbundesrath) nahm heute das Gesetz an, wodurch die mittelst österreichischen Handelsvertrages vereinbarten Zollbestimmungen und Zollermäßigungen auch für die Einfuhr aus anderen Ländern wirksam werden, ausgenommen für Wein, Most und Cider aus solchen Ländern, welche den Zollverein nicht gleich den meistbegünstigten Nationen behandeln.

Paris, 19. Mai. (Gesetzgebender Körper.) Es wird ein Gesetzentwurf eingebracht betreffs der Zahlung der Rückstände der zukünftigen Anleihe und ein anderer Gesetzentwurf, nach welchem $8\frac{1}{2}$ Millionen für die Vicinalstraßen in das außerordentliche Budget für das Jahr 1869 eingestellt werden. Rouher prüft zwei Fragen: ob der Vertrag vom Jahre 1860 der nationalen Industrie Eintrag gethan habe, und welches die Elemente der in Europa herrschenden Krise sind. Rouher wird seine Rede morgen beendigen. — Die „France" sagt: Benedetti ist ermächtigt, für einige Wochen zum Kurgebrauche nach Karlsbad zu gehen. — Im Senat fand heute die Debatte über die Petition Girauds statt. Dupin und Saint-Beuve haben gesprochen. Morgen Fortsetzung der Debatte.

Bukarest, 18. Mai. (Der Senat und die Regierung.) In Folge des Bekanntwerdens der Note des österreichischen Generalconsuls Baron Eder an den Minister Golesco hat der Senat trotz aller Ausflüchte des Ministers die Vorlage der ganzen diplomatischen Correspondenz mit dem Auslande verlangt und bereitet jetzt ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung vor, weil sie die Würde des Landes verletzt und die guten Beziehungen zum Auslande gestört habe.

Tagesneuigkeiten.

Die Grundsteinlegung zum böhmischen Nationaltheater in Prag

ging am 16. d. M. in feierlicher Weise vor sich. Dem Berichte der „Prager Zeitung" über die Festlichkeit entnehmen wir folgendes: Den Zug, welcher sich um 9 Uhr Morgens unter Slavarufen einer ungemein zahlreichen Zuschauermenge in Bewegung setzte, eröffnete das Musikcorps der bürgerlichen Scharfschützen. Ihm znnächst folgten drei Festredner zu Pferde, darauf die berittenen Banderien aus der Hanna, aus Chrudim, Pardubitz, Kollin, Unhoscht, Ričan u. a. O. An diese Banderien schloß sich die Musikcapelle des bürgerlichen Infanteriecorps an. Hinter ihr schritten zunächst mehrere auswärtige Turnvereine mit ihren Fahnen und schließlich Mitglieder des Prager „Sokol." Diesen reihte sich die Mehrzahl der Prager Genossenschaften mit ihren Fahnen und Musikcapellen an.

Zunächst erschienen drei Mitglieder der Fleischergenossenschaft im alten Zunftcostüme zu Pferde. Ihnen folgten die übrigen Genossenschaftsmitglieder, welchen sich die Musikcapelle des bürgerlichen Grenadiercorps anschloß. Dann folgte die Fahne des akademischen Lesevereins. Hinter ihr schritten zwei Reihen Studenten mit gezogenen Säbeln. Darauf folgten serbische Studenten mit rothem Feß und die übrigen Mitglieder des akademischen Vereins. Ihnen nach folgte die Vertretung der Prager Müller und der Buchbinder, Seifensieder und Schmiede, dann Deputationen der Schuhmacher, Gärtner, Lohgerber, Töpfer, Riemer und Handschuhmacher. Es folgten darauf Deputationen von 63 Gesangsvereinen sammt ihren Fahnen; diesen folgten eine weitere Abtheilung von 27 auswärtigen Genossenschaften und zum Schlusse Banderien von Karolinenthal, von Brandeis, Wysočan und Beneschau.

Dem Zuge schlossen sich später die Gemeindevertretungen von Prag, Smichow und Wyschehrad, die Herren Palacky und Dr. Rieger und andere Autoritäten und Gäste an, darunter Se. Excellenz Herr Graf Clam-Martinic, Se. Erlaucht Herr Graf Johann Harrach, Herr Landesausschußbeisitzer Dr. Schmeykal, Herr Dr. Pražak und andere mährische Abgeordnete. Am Festplatze selbst wurde zuerst die Urkunde unterschrieben, worauf die Festcantate, die Festrede und der übliche Hammerschlag stattfand. Nachmittags fand auf dem Belvedere ein großartiges Volksfest statt. Die Feier des Tages verlief ohne Störung und Unfall.

— (Aus dem Ackerbauministerium.) Se. k. k. apostolische Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 6. Mai d. J. den Ackerbauminister ermächtigt, dem Präsidium der 26. Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe zu den Kosten des Zusammentrittes im Jahre 1868 in Wien einen Staatsbeitrag von viertausend Gulden österr. Währung aus der Dotation des Ackerbauministeriums auszufolgen.

— (Cigarrenmädchen-Rache.) Am 5. Mai kam es in Madrid zu einem kleinen Putsche, der in seinem Verlaufe manche originelle Episode aufweist. Die Arbeiterinnen der ärarischen Cigarrenfabrik, an 4000, beklagten sich über Mangel an Pünktlichkeit in der Bezahlung und verfolgten, mit großen Scheeren bewaffnet, ihren Fabriksdirector durch die Arbeitssäle, ihn ernstlich mit dem Lose, das einst Fulbert dem unglücklichen Abälard bereitet, bedrohend; dem geängstigten Manne gelang es, durch einen Sprung vom Balcon zu entkommen. Die Arbeiterinnen ver-

---

bei, wie Professor Purkynie sehr richtig bemerkt, die realen Doctrinen, wie Physik, Chemie, Mathematik, Geschichte 2c. 2c., eine bedeutende Beschränkung erleiden würden, d. h. ganz und gar ausfallen müßten, da die von ihm proponirte je Eine Stunde für jede Sprache einfach gleich Null ist, was jeder praktische Sprachlehrer ebensowohl als der gesunde Menschenverstand bestätigen wird.

Liest man dieses Programm durch, so faßt man sich unwillkürlich beim Kopfe, um sich zu überzeugen, ob man denn auch den ganzen Denkapparat noch hübsch beisammen hat. In einer Zeit, wo die gewiegtesten Pädagogen in aller Herren Ländern laute Klage darüber führen, daß das heranwachsende Geschlecht unter der Last des nothwendigen Lehr- und Lernstoffes nahezu erliege, wo die Anforderungen nach positivem Wissen sich von Tag zu Tag noch steigern, soll unserer Jugend im Namen des alleinseligmachenden National-Principes noch die Bagatelle von einem runden Dutzend Sprachen aufgeladen werden! Und wozu, um des Himmels willen? fragt man sich. Einfach, damit die internationale Etiquette nicht verletzt werde und der Czeche, der Pole, der Ungar der Zukunft nicht gezwungen sei, sich des verhaßten Deutsch als allgemeinen Verständigungsmittels zu bedienen. Wem fällt dabei nicht der weiland Regensburger Reichstag deutscher Nation ein, bei dem sich die Herren Gesandten wochen- und monatelang um den Vortritt zankten, während das Reich selbst ganz gemüthlich aus dem Leime ging? Zu solchen Monstrositäten führt das glorreiche Nationalitäts-Princip einen ruhigen Denker, einen Mann der Wissenschaft gleich Purkynie, und dabei ist noch das Schönste, daß wir in seiner „Austria polyglotta" nicht etwa eine grillenhafte Ausgeburt der Studirstube, sondern ganz einfach und trokken die letzte Consequenz eines mit allseitiger Gerechtigkeit durchgeführten internationalen Principes erkennen müssen. Denn was bliebe in der That Anderes übrig, als diese „Austria polyglotta" mit ihren zwölfsprachigen Mezzofantis, so lange man nicht das Zunächstliegende und Natürlichste ergreifen will, nämlich die Idee einer bereits factisch vorhandenen Reichssprache, für Oesterreich natürlich die deutsche, neben welcher eine jede Nation die eigene Sprache nach besten Kräften pflegen und ausbilden kann, ohne daß es irgend jemandem einfällt, ihr dabei wie immer geartete Hindernisse in den Weg zu legen.

Aber daran ist natürlich nicht zu denken. Meines Wissens hat noch Niemand bestimmt den Gedanken einer Reichssprache ausgesprochen, und wenn ich es hier thue, so geschieht es auf die Gefahr hin, mir ein achtfaches nationales Annathema zuzuziehen, obgleich ich mich dabei auf Purkynie selbst berufen kann, welcher meint, „man wisse ja aus der täglichen Erfahrung, daß der einzelne Deutsche Französisch ,Englisch, ja Russisch lernt, ohne daß er darum aufhört, ein Deutscher zu sein", was natürlich vice versa doch auch von dem Slaven, Magyaren und Rumänen gelten muß. Will man also von einer Reichssprache nichts wissen, so bleibt, um dem nationalen Hader endlich ein Ende zu machen, in der That nichts übrig, als Purkynie's „Politik der Liebe", d. h. die Polyglottie, und Sprachenlernen ist von nun an die Lebensaufgabe des Oesterreichers. Entweder wir rekrutiren in Zukunft sämmtliche Organe des öffentlichen Dienstes in einem Kronlande ausschließlich aus den doppelsprachigen Söhnen desselben und binden diese für ewig an die nationale Scholle, wie dies dermalen zum Hohne unseres nivellirenden Jahrhunderts jenseits der Leitha geschieht, oder wir greifen zur neunsprachigen Grammatik, vernachlässigen über unseren Sprachstudien so ziemlich alles Andere, da bekanntlich das menschliche Fassungsvermögen auch seine Grenzen hat, lernen aber dafür vermittelst der Sprachen die verschiedenen Volkspsychen unseres vielsprachigen Vaterlandes gründlich kennen, huldigen dem Cultus der internationalen Liebe und sprechen gleich den Aposteln beim Pfingstfeste in allerlei Sprachen und Zungen, wobei uns dann nur das kleine Malheur passiren kann, daß wir am Ende in allen sieben oder neun Sprachen nichts Gescheites mehr zu reden wissen, weil wir eben nichts gelernt haben oder, wie Purkynie so schön sagt, „der geistige Fortschritt sich außerhalb des polyglotten Reiches schneller entwickelt hat, als dies bei den Völkern unseres Reiches der Fall sein konnte!"

Man sieht, zu welchen Ungeheuerlichkeiten der Sprachenstreit endlich führen muß. Die letzten logischen Consequenzen, welche die „Austria polyglotta" zieht und die ich in dem Vorstehenden einfach producirt habe, beweisen dies. Sie sind, ich wiederhole es, nicht die Folgerungen eines humoristischen Spötters, der den Gegner mit seinen eigenen Worten ad absurdum führen will, sondern das Ergebniß der Forschungen eines hochgebildeten Mannes, der mit Ernst und Liebe an seine Aufgabe geht, der das so lange vergeblich gesuchte Wort allseitiger Versöhnung gefunden zu haben glaubt und es mit der vollen Kraft ehrenwerther Ueberzeugung ausspricht. Deshalb muß man ihm dafür danken, wenn man sich auch versucht fühlt, die Aufschrift seiner Broschüre durch ein anderes Wort zu ersetzen. Und dieses Wort ist — Babel. (N. Fr. Pr.)

barricadirten sich nun und warfen auf den Finanzminister, der in eigener Person die erzürnten Damen zum Nachgiebigkeit aufforderte, Töpfe und Ziegelstücke. Man mußte die Fabrik von der Polizeiwache stürmen lassen, wobei es tüchtige Hiebe mit der flachen Klinge und einige Verwundungen absetzte; eine Heldin, die im Vordertreffen sich durch besonderen Eifer ausgezeichnet hatte, genas aus Schrecken über die eindringenden Polizeileute eines gesunden Knäbleins. 200 Arbeiterinnen wurden arretirt, was ihre Kameradinnen aber nicht hinderte, am folgenden Tage in Masse vor den königlichen Palast zu ziehen und dort zu tumultuiren. Die Königin erschien auf dem Balcon, winkte mit dem Taschentuche und ließ Geld austheilen, wodurch die Cigarrenmädchen endlich bewogen wurden, sich zu zerstreuen. Diese Geschichte hatte, wie komisch an sich dieselbe auch sein mag, doch für die Regierung eine ernste Bedeutung; wenn sich, was zu besorgen gewesen, männliche Arbeiter der Demonstration beigesellt haben würden, so wäre ein sehr ernster Conflict unvermeidlich gewesen.

Locales.

*** In dem Rückblick v. 16. d. M. auf die letzten Ergänzungswahlen des Gemeinderathes haben wir der Erwartung Raum gegeben, daß das Ergebniß der Wahlen allgemein befriedigen könne, da durchaus so „ehrenwerthe Namen aus der Wahlurne hervorgegangen." Die „Novice" vom 20. d. M. scheint diese Bemerkung mißverstehen zu wollen; denn während wir nur ausdrücken wollten, daß der Klang dieser Namen allgemein, also auch auf jene einen guten Eindruck machen werde, welche den Gewählten ihre Stimme nicht gegeben, will im Gegentheil die „Novice" aus unsern Worten folgern, als ob wir die Ehrenhaftigkeit anderer, nämlich der Gegencandidaten, auch nur im mindesten in Zweifel ziehen wollten; wie sehr uns aber eine solche Absicht ferne lag, darüber läßt die offenbare Tendenz jenes Artikels wohl keinen Zweifel übrig.

— Vom Turnrathe des „Laibacher Turnvereins" geht uns folgende Erklärung zu:

In der letzten Nummer der slovenischen Wochenschrift „Novice" ist ein den Ausflug des „Laibacher Turnvereins" nach Mannsburg besprechender, jedoch mit Verdrehung des richtigen Sachverhalts abgefaßter Aufsatz enthalten. Die im Zuge befindliche gerichtliche Untersuchung wird hoffentlich diesfalls den wahren Hergang in allen Beziehungen aufklären und wir weisen heute nur beispielsweise darauf hin, daß im fraglichen Aufsatze gesagt wird, die Turner hätten auf dem letzten Ausfluge mit Revolver geschossen, während in Wahrheit von denselben auch nicht ein einziger Schuß abgefeuert worden ist; eine solche Darstellung der Dinge, wie sie der „Novice" beliebt, ist daher nur dazu angethan, eine richtige Beurtheilung des Vorfalls zu erschweren und denselben womöglich minder verabscheuungswürdig erscheinen zu lassen, als er es in der That ist.

— (Die hiesige juristische Gesellschaft) hat bekanntlich in ihrer letzten Generalversammlung Se. Exc. den Herrn Justizminister Dr. Herbst einstimmig zum Ehrenmitgliede ernannt. Es wird sicherlich unsere Leser interessiren, den Wortlaut der diesfälligen Adresse und der von Sr. Excellenz dem Herrn Justizminister hierauf eingelangten Antwort zu erfahren. Diese Actenstücke lauten: I. Die Adresse:

„Eure Excellenz!

Als Lehrer und Freund der Jugend, als Pfleger und Freund der Wissenschaft, als Vertreter und Freund des Volkes, als beredter Anwalt der Rechtsidee im Staate, und zu deren constitutioneller Geltung einer der Ersten und Besten mitwirkend und nunmehr im Rathe der Krone mit fruchtbarer, thatkräftiger Entwicklung der Rechtsgesetze das Rechtsleben im Rechtsstaate leitend, haben Eure Excellenz sich Verdienste auf allen Gebieten und in allen Formen des Rechtes erworben, deren Anerkennung in den weitesten Kreisen des Vaterlandes verbreitet, deren Wohlthaten in alle Schichten der Gesellschaft gedrungen sind.

Erfüllt von tiefer Hochachtung dafür, im Gefühle des Dankes für das Wohlwollen, womit Eure Excellenz auch dem juristischen Vereinsleben überhaupt und der juristischen Gesellschaft in Laibach insbesondere durch Mittheilung des reichen Gesetzgebungsmaterials in ihrem Fache entgegenkamen, in dem erhebenden Bewußtsein endlich, wie sie zumeist sich selbst hochehre, indem sie diesen ihren Gesinnungen den höchsten ihr zu Gebote stehenden Ausdruck verleiht, hat die hiesige juristische Gesellschaft in ihrer jüngsten Generalversammlung vom 18. d. M. Eure Excellenz einhellig zu ihrem Ehrenmitgliede erwählt.

Diesen Beschluß vollziehend, wird das gefertigte Präsidium zum schwachen Dolmetsch der Gesinnung, welche unsere Gesellschaft gegen Eure Excellenz beseelt.

Wollen demnach Eure Excellenz die beifolgende Diplomsurkunde sammt bisherigen gesellschaftlichen Verhandlungen und Mittheilungen freundlich gewogen entgegennehmen.

Laibach, am 29. April 1868.

Das Präsidium der juristischen Gesellschaft.

Dr. v. Kaltenegger m. p.

II. Die Antwort Sr. Excellenz des Herrn Justizministers Dr. Herbst:

„Hochgeehrte Herren!"

Wenn schon die Auszeichnung, welche mir die juristische Gesellschaft in Laibach durch die Ernennung zum Ehrenmitgliede zu Theil werden ließ, an sich höchst ehrenvoll ist, so wurde meine Freude darüber noch durch die ebenso warmen als gütigen Worte erhöht, mit welchen Sie mich von dem Beschlusse der Gesellschaft in Kenntniß setzten.

Empfangen dafür Sie und die geehrte Gesellschaft meinen aufrichtigen und herzlichen Dank mit der Versicherung, daß Nichts so sehr vermag, mich in meinem schwierigen und dornenvollen Berufe zu ermuthigen und zu kräftigen, als der Ausdruck der Anerkennung und Zustimmung einsichtsvoller, patriotischer Männer.

Ich bitte die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung zu genehmigen, mit der ich mich zeichne

Ihren ergebensten

Dr. Eduard Herbst m. p.

Wien, am 13. Mai 1868.

Neueste Post.

Wien, 20. Mai. (Mittwochs-Unterhaus.) Der Handelsminister legt die austro-baierische Vereinbarung über den Anschluß der tiroler Gemeinde Jungholz an das baierische Zollsystem und den austro-englischen Schiffahrts-Vertrag vor. Hierauf wurde das Budget des Ackerbau- und Justizministeriums angenommen. Ryger beantragt, daß die Berathung über die Staatsschuld so lange aufgeschoben werde, bis die Finanzvorlagen erledigt sein werden. Rechbauer unterstützt diesen Antrag, als der Würde des Hauses entsprechend. Winterstein und Brestel sind dagegen, dennoch wird Ryger's Antrag mit 71 gegen 58 Stimmen angenommen. Die Sitzung wird unterbrochen, worauf der Ausschuß beantragt, in der zweiten Lesung fortzufahren, die dritte Budgetlesung jedoch bis nach vollbrachter Erledigung der Finanzvorlagen zu vertagen. Baron Weichs beantragt, der Petitionsausschuß möge Freitag über das Ansuchen des Oberstlieutenants Bartels berichten, dessen Verhaftung wohl nicht eine Provocation gegen das Abgeordnetenhaus sei. Der Antrag wurde angenommen.

Wien, 21. Mai. Der Beginn der Berathung über die Finanzvorlagen im Abgeordnetenhause ist erst Anfangs nächster Woche, wahrscheinlich Montags, zu erwarten. Die Verzögerung erscheint Angesichts der Umstände erklärlich, daß die Drucklegung der betreffenden Vorlagen erst heute beendet wird und den Clubs noch zwei Tage Zeit gelassen werden soll, um in der Frage schlüssig zu werden.

Der Budgetausschuß hat in einer Abendsitzung am Mittwoch, welcher die Minister Dr. Brestel, Dr. Giskra, Herbst und Hasner beiwohnten, den Gesetzentwurf des Subcomité's über die Unifikation der Staatsschuld angenommen. Abg. Dr. Banhans hat ein Minoritätsgutachten angemeldet.

Dresden, 20. Mai. Die Herrenkammer hat die Abschaffung der Todesstrafe abgelehnt.

Berlin, 20. Mai. Die „Provinzialcorrespondenz" meldet, daß der Schluß des Zollparlamentes spätestens zu Anfang der nächsten Woche, der Schluß des Reichstages voraussichtlich am 20. Juni erfolgen werde.

Telegraphische Wechselcourse.

vom 20. Mai.

5perc. Metalliques 55.80. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 56 70. — 5perc. National-Anlehen 62.10. — 1860er Staatsanlehen 79.90. — Bankactien 699. — Creditactien 182.20. — London 116.70. — Silber 114.85. — K. k. Ducaten 5.56.

Handel und Volkswirthschaftliches.

Laibach, 20. Mai. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 5 Wagen mit Getreide, 18 Wagen und 5 Schiffe (28 Klafter) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Mkt.- fl.	Mkt.- kr.	Mgz.- fl.	Mgz.- kr.		Mkt.- fl.	Mkt.- kr.	Mgz.- fl.	Mgz.- kr.
Weizen pr. Metzen	6	20	7	15	Butter pr. Pfund	—	40	—	—
Korn „	3	90	4	20	Eier pr. Stück	—	1½	—	—
Gerste „	3	—	3	36	Milch pr. Maß	—	10		—
Hafer „	2	—	2	—	Rindfleisch pr. Pfd.	—	21	—	—
Halbfrucht „	—	—	4	80	Kalbfleisch „	—	22	—	—
Heiden „	3	60	3	48	Schweinefleisch „	—	24	—	—
Hirse „	3	30	3	30	Schöpsenfleisch „	—	15	—	—
Kukurutz „	—	—	3	60	Hähndel pr. Stück	—	30	—	—
Erdäpfel „	1	80	—	—	Tauben „	—	14	—	—
Linsen „	4	—	—	—	Heu pr. Zentner	1	—	—	—
Erbsen „	3	80	—	—	Stroh „	—	70	—	—
Fisolen „	5	50	—	—	Holz, hart., pr. Klft.	—	—	7	—
Rindsschmalz Pfd.	—	50	—	—	— weiches, „	—	—	5	—
Schweineschmalz „	—	46	—	—	Wein, rother, pr.				
Speck, frisch, „	—	45	—	—	Eimer	—	—	10	—
— geräuchert „	—	40	—	—	— weißer „	—	—	12	—

Angekommene Fremde.

Am 18. Mai.

Stadt Wien. Die Herren: Rodlmann, Director, Villach. — Venchiavutti, von Gottschee. — Dr. Pirz und Killer, Besitzer, von Neumarktl. — Berenger, Bahninspector, und Sertitsch, Kaufm., von Wien. — Frau Scharf, von Reichenburg.

Elefant. Die Herren: Dereani, Handelsm., von Seisenberg. — Arbeiter, Verwalter, von Visell. — Grill. — Unger, Reisender, aus Rheinpreußen. — Mixa, Privatier, von Przibram. — Braun, von Capo d'Istria. — Wedekind, Kaufm., von Wien.

Baierischer Hof. Die Herren: Beniger, Agent, und Calimani, Sensal, von Triest. — Kaltenböck, Privatier, von Ulm. — Dr. Kauski, Advocat, von Krakau. — Frau Perakovič, Hauptmannsgattin, von Graz.

Lottoziehung vom 20. Mai.

Wien: 85 6 49 57 90.

Graz: 33 45 29 13 23.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Mai	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag Binnen 24 St. in Pariser Linien
20	6 U. Mg.	327.54	+11.4	windstill	Regen	0.02 Regen
	2 „ N.	327.29	+16.3	windstill	s. ganz bew.	
	10 „ Ab.	326.74	+13.3	windstill	Regen	
21.	6 U. Mg.	326.28	+10.6	windstill	Nebel	0.10 Regen
	2 „ N.	326.95	+16.1	windstill	meist bew.	
	10 „ Ab.	325.80	+12.3	windstill	z. Hälfte bew.	

Den 20.: Regen mit Sonnenschein abwechselnd. Abends lebhafte Blitze in N. und S. Nachts heiter. — Den 21.: Nebel. Ruhige Luft. Langsamer Wolkenzug aus O. Große Feuchtigkeit. Nachmittag schwacher Regen. Das Tagesmittel der Wärme am 20. um 1·8°, am 21 um 0·9° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Laibacher Turnverein.

Gut ✠ Heil!

Der gefertigte Turnrath erlaubt sich hiemit, dem Turnverein die angenehme Mittheilung zukommen zu lassen, daß der Sprechwart von Seite des hohen Landespräsidiums ermächtigt wurde, demselben die Anerkennung für das tactvolle Benehmen auszusprechen, welches sie bei Gelegenheit der nach der letzten Turnfahrt stattgefundenen beklagenswerthen Excesse beobachtet haben.

Laibach, am 22. Mai 1868.

Der Turnrath des Laibacher Turnvereins.

Börsenbericht.

Wien, 19. Mai. Die Börse war auch heute geschäftslos, doch behaupteten sich die Curse besonders der Eisenbahnactien fester. Devisen und Valuten schlossen unverändert. Geld abondant.

Oeffentliche Schuld.

A. des Staates (für 100 fl.)

	Geld	Waare
In ö. W. zu 5pCt. für 100 fl.	52.75	52 90
In österr. Währung steuerfrei	57 50	57.15
⅘ Steueranl. in ö. W. v. J. 1864 zu 5pCt. rückzahlbar	92.—	92.50
⅘ Steueranlehen in öst. W.	90.25	90.75
Silber-Anlehen von 1864	68.—	68.50
Silberanl. 1865 (Frcs.) rückzahlb. in 37 J. zu 5 pCt. für 100 fl.	76.75	77.25
Nat.-Anl. mit Jän.-Coup. zu 5%	62.40	62 50
„ „ „ Apr.-Coup. „ 5 „	62.20	62.30
Metalliques „ 5 „	55.80	55.90
detto mit Mai-Coup. „ 5 „	56.80	56.90
detto „ 4½ „	49.50	49.75
Mit Verlos. v. J. 1839	174.—	174.50
„ „ „ „ 1854	75.—	75.50
„ „ „ „ 1860 zu 500 fl.	79.90	80.—
„ „ „ „ 1860 „ 100 „	88.75	89.—
„ „ „ „ 1864 „ 100 „	84.90	85.—
Como-Rentensch. zu 42 L. aust.	20.50	21.—
Domainen 5perc in Silber	105.—	105.50

B. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Entl.-Oblig.

		Geld	Waare
Niederösterreich	zu 5%	86.25	87.75
Oberösterreich	„ 5 „	87.50	88.75
Salzburg	„ 5 „	87.—	88.—
Böhmen	„ 5 „	93.50	94.—
Mähren	„ 5 „	88.75	89.75
Schlesien	„ 5 „	88.50	89.50
Steiermark	„ 5 „	88.50	89.—
Ungarn	„ 5 „	74.50	75.—
Temeser-Banat	„ 5 „	73.—	73.50
Croatien und Slavonien	„ 5 „	73.—	73.50
Galizien	„ 5 „	63.25	63.75
Siebenbürgen	„ 5 „	69.90	70.25
Bukovina	„ 5 „	65.—	65.50
Ung. m. d. V.-C. 1867	„ 5 „	72.25	72.75
Tem. B. m. d. V.-C. 1867	„ 5 „	72.—	72.25

Actien (pr. Stück).

	Geld	Waare
Nationalbank	697.—	699.—
K. Ferd.-Nordb. zu 1000 fl. ö. W.	1837.—	1840 —
Kredit-Anstalt zu 200 fl. ö. W.	182.10	182.20
N. ö. Escom.-Ges. zu 500 fl. ö. W.	598.—	600.—
S.-E.-G. zu 200 fl. CM. o. 500 Fr.	256 60	256 70
Kais. Elis. Bahn zu 200 fl. CM.	146.50	146.75
Süd.-nordd. Ver.-B. 200 „ „	142.80	143.—
Süd. St.-, l.-ven. u. z.-i. E. 200 fl.	174.75	175.—
Gal. Karl-Lud.-B. z. 200 fl. CM.	198.75	199.—
Böhm. Westbahn zu 200 fl.	147.—	147.50
Oest. Don.-Dampfsch.-Ges. 500 fl. CM.	496.—	497.—
Oesterreich. Lloyd in Triest 500 fl. CM.	228.—	230.—
Wien. Dampfm.-Actg.	345.—	355.—
Pester Kettenbrücke	385.—	387 —
Anglo-Austria-Bank zu 200 fl.	129.50	129.75
Lemberg Czernowitzer Actien	172.50	173.—

Pfandbriefe (für 100 fl.)

	Geld	Waare
National-bank auf E. M. } verlosbar zu 5%	97.—	97.25
Nationalb. auf ö. W. verlosb. 5 „	92.40	92.60
Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5½ „	92.25	92.50
Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt verlosbar zu 5% in Silber	100.75	101 25

Lose (pr. Stück.)

	Geld	Waare
Cred.-A. f. H. u. G. z. 100 fl. ö. W.	131.25	131.75
Don.-Dmpfsch.-G. z. 100 fl. CM.	93.50	94.—
Stadtgem. Ofen „ 40 „ ö. W.	26.75	27.25
Esterhazy zu 40 fl. CM.	148.—	150.—
Salm „ 40 „ „	34.—	34 50
Palffy zu 40 fl. CM.	25.75	26.25
Clary „ 40 „ „	27.50	28.50
St. Genois „ 40 „ „	23.75	24.25
Windischgrätz „ 20 „ „	17.50	18.50
Waldstein „ 20 „ „	21.—	22.—
Keglevich „ 10 „ „	13.25	13.75
Rudolf-Stiftung 10 „ „	14.—	14.50

Wechsel. (3 Monate.)

	Geld	Waare
Augsburg für 100 fl. südd. W.	97.20	97.40
Frankfurt a. M. 100 fl. detto	97.30	97.60
Hamburg, für 100 Mark Banko	85 90	86.10
London für 10 Pf. Sterling	116.60	116.70
Paris für 100 Franks	46.25	46.35

Cours der Geldsorten

	Geld	Waare
K. Münz-Ducaten	5 fl. 56 kr.	5 fl. 56½ kr.
Napoleonsd'or	9 „ 32 „	9 „ 32½ „
Russ. Imperials	9 „ 62 „	9 „ 63 „
Vereinsthaler	1 „ 71½ „	1 „ 71¾ „
Silber	114 „ 75 „	115 „ — „

Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Privatnotirung: 86½ Geld, 87½ Waare.